



Stadt Kamen

Niederschrift

PUA

über die
6. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Donnerstag, dem 28.11.2013
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:07 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch
Herr Dieter Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Ursula Müller
Herr Marco Pincus
Herr Volker Sekunde
Herr Klaus Slomiany
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Herr Ernst-Dieter Standop

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Anke Schneider

DIE LINKE / GAL

Herr Axel Margraf

FDP

Frau Heike Schaumann

fraktionslos
Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- u. Umweltausschusses
Herr Friedhelm Retzlaff

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning

Verwaltung
Herr Matthias Breuer
Herr Reiner Brüggemann
Frau Monika Holtmann
Frau Ulrike Klein
Herr Uwe Liedtke
Herr Jens Neunert

Entschuldigt fehlten
Herr Cetin Bahcekapili
Herr Thomas Blaschke
Herr Heinrich Hellekemper
Herr Martin Köhler
Frau Ina Scharrenbach
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 28.11.2013 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden sowie die Vertreterin der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Sportflächenentwicklung in Kamen-Mitte	
2.1	Sportflächenentwicklung in Kamen-Mitte hier: Zentrale Sportplatzanlage	088/2013
2.2	Neuentwicklung des Bereichs Hemsack Sachstandsbericht der Verwaltung	
3	Bauvorhaben im Stadtgebiet	
4	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Sportflächenentwicklung in Kamen-Mitte

Zu TOP 2.1.
088/2013

Sportflächenentwicklung in Kamen-Mitte
hier: Zentrale Sportplatzanlage

Mit Hinweis auf die gestrige Sitzung des Schul- und Sportausschusses, in der umfänglich über die Sportflächenentwicklung in Kamen berichtet und diskutiert worden sei, teilte Herr **Brüggemann** mit, werde nunmehr die Mitteilungsvorlage auch dem Planungs- und Umweltausschuss vorgelegt. Hintergrund sei, dass in Zusammenhang mit der Sportflächenentwicklung auch ein wesentlicher planungsrechtlich relevanter Part angesprochen sei. Zum einen bestehe auf der Fläche an der Gutenbergstraße für die Umsetzung der Sportflächenneuentwicklung Planungsrecht. Darüber hinaus sei es notwendig, neues Planungsrecht für die beabsichtigte Entwicklung „Wohnbebauung“, auf dem nach der Realisierung der zentralen Sportplatzanlagen an der Gutenbergstraße aufgegebenem Sportgelände Hemsack, zu schaffen. Zum letzteren Punkt werde Herr Liedtke nachfolgend ausführlich berichten.

Sodann erläuterte Herr **Brüggemann** anhand eines Luftbildes (Präsentation S. 5) die derzeitige Nutzung der Sportflächen im Hemsack (Reit-, Fahr- u. Zuchtverein, Polizeihundesportverein, Ultimate-Frisbee im TV Südkamen, Bolzplatz, KSC Naturrasenfläche u. Gebäude – Sanierungsbedarf, Tennenplatz, kleine Waldfläche, Beach-Volleyballfeld, Bedarfsparkplatz Freibad). Mit allen Nutzern, einschließlich der Hauptschule, seien Gespräche geführt worden und Ersatzflächen seien den Nutzern bereitzustellen.

Die Frage der Ersatzflächen sei im Wesentlichen schon abgeklärt worden. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass der Vertrag mit dem Polizeihundesportverein mit Blick auf die nachfolgende Nutzung gekündigt worden sei und ein Teil dieser Fläche dem Reit-, Fahr- und Zuchtverein von der Stadt Kamen zur Verfügung gestellt werden solle. Grund sei ein Flächentausch mit der Stadt Kamen, die die Fläche nördlich des Naturrasenplatzes zur besseren Ausnutzbarkeit für die beabsichtigte Wohnbebauung vom Reit-, Fahr- und Zuchtverein erhalten solle. Vorgespräche seien auch hierzu geführt. Darüber hinaus sei in diesem Zusammenhang die Vereinbarkeit der Nutzung für Wohnzwecke bestätigt worden.

Anschließend stellte Herr **Brüggemann** detailliert die Planungen und Nutzungen für die Sportplatzanlage Schulzentrum anhand einer Folie dar (Präsentation S. 6). In dem Bereich nutze aktuell auch der Pétanque Club Kamen eine Fläche. Hier sei die Verwaltung ebenfalls im Gespräch und werde eine Ersatzfläche zur Verfügung stellen. Der „wachsende Steg“ sei von der Planung nicht betroffen und stehe uneingeschränkt zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wies er ausdrücklich darauf hin, dass sich keine Änderungen des Sachverhaltes zur vorliegenden Mitteilungsvorlage sowie der Vorlage aus Juli 2012 ergeben hätten. Insofern befinde sich die Maßnahme bereits in der Umsetzung; Ingenieurleistungen seien beauftragt. Momentan werde die Ausschreibung vorbereitet. Mittel seien mit dem Haushalt 2013 zur Verfügung gestellt für die Realisierung dieser sportpolitischen Entwicklung.

In Bezug auf die zeitliche Umsetzung teilte er mit, dass im Frühjahr 2014 die Kampfbahn Typ C umgebaut werde. Im direkten Anschluss folge die Umgestaltung der Mehrzweckfelder. Im Sommer sei der Bau des zweiten Kunstrasenplatzes sowie des Mehrzweckgebäudes geplant. Ausführung und Gestaltung werden mit den nutzenden Vereinen abgestimmt. Das gesamte Gelände werde mit einem 2 m hohen Stahlmattenzaun abgegrenzt. Dies diene dem Schutz und werde den geordneten Zugang beim Spielbetrieb regeln.

Frau **Dyduch** erklärte, dass die SPD-Fraktion die in den Fachausschüssen nunmehr vorgestellte Weiterentwicklung und Konkretisierung der Planungen zur Sportflächenentwicklung in Kamen unterstütze. Unter Bezugnahme auf S. 5 der Mitteilungsvorlage, die die Aufgabe von Sportanlagen thematisiere, erkundigte sie sich, was mit dem nicht unwichtigen Freizeitareal im Bereich der Lüner Höhe geschehen solle.

Diesbezüglich erklärte Herr **Brüggemann**, dass der Pétanque Club Kamen Interesse an einer Nutzung des Geländes und des Gebäudes (Vereinsheim TSC) bekundet habe. Darüber hinaus solle ein Bolzplatzangebot dort vorgehalten werden, mit Blick auf die Aufgabe des Bolzplatzes im Hemsack sowie die Schaffung eines Bolzplatzangebotes für das JFZ Lüner Höhe und die angrenzenden Wohngebiete. Die Überlegungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Weitere Nutzungsoptionen seien auch letztlich abhängig von der Flächenverfügbarkeit. Er bat darum, die weitere Entwicklung abzuwarten. Die mittel- und langfristige Nutzung der Fläche zu Wohnbauzwecken sei allerdings auszuschließen. Er hoffe, in 2014 eine perspektivische Entwicklung für die Sportfläche Lüner Höhe in den jeweiligen Fachausschüssen (JHA, SUS) darstellen zu können.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob es bei den auf S. 4 der Mitteilungsvorlage dargestellten Investitionszahlen um sog. Bruttobeträge handle. Dies wurde von Herrn **Brüggemann** bestätigt.

In diesem Zusammenhang sei auf S. 4 der Mitteilungsvorlage auch von Betriebskosten und erwarteten Minderkosten die Rede, wies Herr **Diederichs-Späh** hin. Er bat um weitere Erläuterung auch in Bezug auf die vorangegangene Darstellung zur möglichen Entwicklung auf der Lüner Höhe. Dazu führte Herr **Brüggemann** aus, dass er für die Anlage Lüner Höhe über den Bolzplatz hinaus keine Folgekosten erwarte. Er gehe davon aus, dass diese von den Nutzern zu übernehmen seien. Der Umfang der vom FB 70 zu übernehmende Pflege reduziere sich im Kern auf den Bolzplatz. Der Minderaufwand sei begründet durch die weniger werdenden Leistungen des Bauhofes im Bereich Hemsack und werde entsprechend des Haushaltssicherungskonzeptes erst ab 2015 eintreten. Des Weiteren sei davon auszugehen, dass der Aufwand für den neuen Kunstrasenplatz geringer anzusetzen sei als für den alten Naturrasenplatz im Hemsack. Abzuwarten sei insbesondere noch, in welchem Umfang die Vereine die Platzpflege übernehmen werden. Das sei noch nicht abschließend geklärt. Im Ergebnis sei der Aufwand für die neuen Flächen jedoch weitaus geringer als für die Sportanlagen im Hemsack. Sicher sei auch, dass die Pflegeaufwendungen im Hemsack mit dem Beginn der Wohnungsbauentwicklung entfallen werden. Eingestellt wurden in 2015 Einsparungen in Höhe von 10 T€ und ab 2016 in Höhe von 30 T€, und zwar für alle Sportplatzbereiche.

Frau **Schneider** erkundigte sich nach der Erreichbarkeit des „wachsenden Stegs“ und den Auswirkungen auf die an den Weg angrenzende Begrünung, die einen Abstand zu Zaun und Sportplatzfläche schaffe. Diesbezüglich erklärte Herr **Brüggemann**, dass die Schulen einen direkten Zugang zum „wachsenden Steg“ über das Sportgelände erhalten würden. Darüber hinaus sei ein öffentlicher Zugang über den Sesekeweg gegeben. Abstandssituationen und Grenzen würden im nördlichen Teil erhalten bleiben. Der Rückschnitt von Grün im östlichen Teilbereich sei jedoch erforderlich. Eine Änderung der Radwegführung sei auszuschließen.

In der vorliegenden Beschlussvorlage werde auf S. 4 im Kapitel Finanzdaten eine investive Einzahlung durch die erwartete Vermarktung der Wohnbauflächen Hemsack in Höhe von 4,15 Mio. € angegeben, sagte Frau **Schaumann**. Dem gegenüber sei jedoch im Haushalt 2013 bei der HSK-Position 66 insgesamt für alternative Nutzung von Liegenschaften (u. a. für Vermarktung Hemsack, Flächen des Bebauungsplangebietes 36 Ka-Me sowie aufgegebenen Spielplatzflächen) insgesamt ein Betrag in Höhe von 3,16 Mio. € für die Jahre 2019 – 2022 angegeben.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass s. E. allein für den Bereich Hemsack in der HSK-Position 66 ab 2019 für 4 Jahre pro Jahr ein Betrag in Höhe von 600 T€ angesetzt sei. Es handle sich zudem um eine Finanz-Nettobetrachtung. Ihm würden die zur umfassenden Beantwortung der Frage notwendigen differenzierten Finanzdaten zur heutigen Sitzung des PUA nicht vorliegen. Deshalb schlage er vor, dass die konkreten Zahlen und Erläuterungen zur HSK-Position und Finanzierung der vorgestellten Maßnahme durch die Verwaltung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2013 unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilung der Verwaltung“ erläutert werden. Diesem Vorschlag wurde durch die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses nicht widersprochen.

Auf Nachfragen von Herrn **Kissing** erläuterte Herr **Brüggemann** zur Nachnutzung des TSC-Gebäudes Lüner Höhe, dass die Verwaltung dieses gern an den Pétanque Club Kamen übergeben würde. Fragen der Finanzierbarkeit auch mit Blick auf zu erwartende Bewirtschaftungskosten, die vom Nutzer zu tragen seien, wären z. B. noch abzuklären. Grundsätzlich habe der Pétanque Club Kamen sein Interesse an einer Gebäudenutzung signalisiert. In dem südlichen Gebäude seien noch die Wohnung des Platzwartes, Gemeinschaftsräume des KSC sowie im Keller Duschen vorhanden. Hier seien die Nutzung und ggf. weitere Verwendung noch offen. Hierzu werde die Verwaltung nach Prüfung zu gegebener Zeit vortragen, erklärte Herr **Brüggemann**.

Die Einnahmen aus der Vermarktung Hemsack in Höhe von 4,15 Mio. € würden entsprechend der Vorlage bis spätestens zum Jahr 2022 zum Tragen kommen, sagte Herr **Diederichs-Späh**. Dies würde im Umkehrschluss bedeuten, dass die Stadt Kamen die Baumaßnahme Sportflächenentwicklung Gutenbergstraße für 7 bis 8 Jahre vorfinanziere.

Diese Einschätzung sei richtig, entgegnete Herr **Brüggemann**, so sei dies auch in der Vorlage vom 04.06.2012 beschrieben. Unter Berücksichtigung der damaligen Haushaltssituation sei auch mit der Bezirksregierung abgestimmt worden, dass eine solche Investition mit Hinterlegung eines Haushaltssicherungskonzeptes zulässig sei. Insgesamt sei jedoch die zeitliche Umsetzung auch von der Dauer der weiteren zeitlichen Entwicklung, insbesondere auch in Bezug auf die Schaffung von Baurecht, abhängig.

Das in der Mitteilungsvorlage dargestellte Luftbild lasse erkennen, dass im östlichen Bereich umfangreiche Gehölzfällungen erfolgen müssten, um das Bauvorhaben zu realisieren, wies Herr **Kühnapfel** hin. Er erkundigte sich, ob entsprechender Ausgleich gem. Baumschutzsatzung erfolge. Des Weiteren werde in der Vorlage erwähnt, dass ein Kleingewässer zu beseitigen sei. Auch hierzu bitte er um weitergehende Informationen, zumal er bei der Umsetzung einer solchen Planung erwarte, dass im Gegenzug ein Gewässer geschaffen werde, welches diese Funktion dann wiederum erfülle.

Hinsichtlich des Teiches sei eine Prüfung im Rahmen eines umfangreichen Artenschutzgutachtens vorgenommen worden, antwortete Herr **Liedtke**. Abgesehen davon, dass der Teich seine Funktion als solcher bereits nicht mehr erfüllt habe, sei festgestellt worden, dass die Funktion des Teiches durch die räumliche Nähe zur Seseke von der nunmehr umgebauten Seseke erfüllt werde. In Bezug auf die Fällungen werde die geltende Baumschutzsatzung angewandt. Sofern die Gehölze unter die Baumschutzsatzung fallen, werde auch eine Bilanzierung erfolgen und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt.

Aus fachlicher Sicht erläuterte Herr **Kühnapfel**, dass die Seseke nicht geeignet sei, die Funktion eines stillen Gewässers zu übernehmen. Hier seien gänzlich andere Lebensgemeinschaften anzutreffen.

Herr **Liedtke** erläuterte, dass er nur sinngemäß das Artenschutzgutachten zitiert habe. Der Teich habe schon bei Erstellung des Gutachtens keinen Bestand mehr gehabt und es seien keine Arten gefunden worden. Insofern habe der Teich bereits bei der Untersuchung nicht mehr seine eigentliche Funktion erfüllt. Empfehlung des Gutachters sei gewesen, die Folie zu entfernen bzw. zu durchlöchern, damit sich nicht Arten ansiedeln können.

Die Verwaltung nehme das umfangliche Fachgutachten ernst und habe demzufolge auch die Vorgabe aufgenommen und beachtet.

Mit Hinweis auf die Parkplatzsituation und den dort vorhandenen Parkdruck im Bereich des Schulzentrums erkundigte sich Herr **Eisenhardt**, ob ggf. eine Erweiterung des Parkplatzes nach Westen hin, auch mit Blick auf die Zunahme von Nutzern und Besuchern des neu zu schaffenden Sportplatzangebotes, vorgesehen sei.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass zwischen Schul- und Freizeitnutzung zu differenzieren sei. Die Erreichbarkeit des Bereiches durch Fuß- und Radwege sei zum einen durch bestehende Wegebeziehungen gefestigt und zum anderen durch den neuen Sesekeweg insgesamt verbessert worden, so dass er eine Entlastung im Bereich des Pkw-Aufkommens und damit eine Milderung des Parkdrucks erwarte.

Zur Nachfrage von Herrn **Kloß** zur Prüfung des Hochwasserschutzes in dem neu überplanten Bereich, wurde in verschiedenen Darstellungen durch Herrn **Liedtke** und Herr **Kissing** umfanglich erläutert, dass im Rahmen der Umgestaltung der Seseke entsprechende Maßnahmen zum Hochwasserschutz vorgenommen wurden (z. B. Regenrückhaltung, Überflutungsflächen, dem Gewässer wurde insgesamt mehr Raum gegeben).

Zu TOP 2.2.

Neuentwicklung des Bereichs Hemsack
Sachstandsbericht der Verwaltung

Eingangs gab Herr **Liedtke** einen ausführlichen Bericht zum aktuellen Sachstand der Neuentwicklung des Bereichs Hemsack. Eine detaillierte Darstellung ist der Präsentation zu entnehmen (S. 8 bis S. 37). Unter Berücksichtigung des Arbeitstitels „Wohnen am Fluss“ seien in dem Bereich mögliche Nutzungskonflikte eingehend untersucht und Nutzungsqualitäten herausgestellt worden. Mit dem Beschluss, die Sportplatzanlagen im Hemsack aufzugeben, sei die Möglichkeit geschaffen worden, das freiwerdende Areal mit einer Größe von rd. 9 Hektar zu überplanen und einer neuen Nutzung zuzuführen. Zunächst erläuterte er anhand eines Luftbildes die zurzeit bestehende Nutzung der Fläche. Planungsziel sei es nunmehr, nach Aufgabe der Sportflächen, eine Wohnbebauung in der Örtlichkeit zu entwickeln. Im Vorfeld der Planung sei es erforderlich gewesen, zentrale Fragen durch gutachterliche Untersuchungen abzuklären (z.B. Lärmgutachten, olfaktorische Untersuchung, artenschutzrechtliche Untersuchung, Altlastenuntersuchung) sowie die Vereinbarkeit mit dem südlichen Gewerbe- bzw. Industriegebiet planungsrechtlich zu prüfen. Herr Liedtke stellte die Untersuchungsergebnisse detailliert vor. In diesem Zusammenhang wurde auch ausführlich eine Beurteilung der klimaökologischen Auswirkungen gegeben, da es hierzu in der Vergangenheit bereits Diskussionen im Rahmen der politischen Beratung gegeben habe. Noch näher zu untersuchen sei der Bereich noch geologisch (ehem. Bachlauf, alter Verlauf der Seseke vor 1926, betriebsbedingt durch Nähe zu Monopol). Sodann stellte er die planungsrechtliche Bedeutung des Bebauungsplans Nr. 51 Ka dar, mit dem Ergebnis, dass entsprechend der aktuellen Nutzung mit Mischgebietscharakter ein konfliktfreies Nebeneinander von Gewerbe und Wohnnutzungen ermöglicht werde. In diesem Zusammenhang verdeutlichte er anhand eines Planes die derzeitige Situation, nach der ca. 100 Wohneinheiten im Gewerbe- und Industriegebiet vorhanden seien. Nahezu alle Wohneinheiten waren bereits vor der Aufstellung des Bebauungsplanes im Jahre 1980 vorhanden.

Zur Nachfrage von Herrn **Eisenhardt**, ob sich nach derzeitigem Planungsrecht immissionsträchtige Betriebe ansiedeln könnten, entgegnete Herr **Liedtke**, dass diese aufgrund der umfangreichen Wohnnutzung im Gebiet nicht grundsätzlich zulässig seien. Tatsächlich handele es sich nicht um ein Industriegebiet. Eine abschließende Lösung für den Umgang mit dem Bebauungsplan Nr. 51 Ka müsse noch erarbeitet werden. Mit Beginn des Jahres 2014 sei geplant, einen Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 78 Ka den parlamentarischen Gremien vorzulegen. Parallel seien Änderungen im FNP sowie eine regionalplanerische Abstimmung mit dem RVR durchzuführen.

Abschließend stellte Herr **Liedtke** die Rahmenplanung und einen ersten städtebaulichen Entwurf, unter Berücksichtigung der gutachterlichen Ergebnisse, vor. Darüber hinaus sei vorgesehen den Betriebsweg des Lippeverbandes (vom Eilater Weg bis zur Pixelröhre) als öffentlichen Fuß- und Radweg zu öffnen. Die Zaunanlage entlang der Seseke könnte gegebenenfalls zurückgebaut werden. Zugangsbegrenzungen seien noch zu besprechen. Erste Abstimmungsgespräche dazu seien mit dem Lippeverband positiv verlaufen. Auch die direkte Einleitung des Niederschlagwassers in die Seseke solle ermöglicht werden. In Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftsstadtwerken solle ein nachhaltiges Energieversorgungskonzept aufgestellt werden. Verschiedene Wohnformen seien in dem neuen Bebauungsplangebiet denkbar (Senioren-, Mehrgenerationenwohnen, Eigenheime, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen). Eine Bebauung mit maximal 2 - 3 Geschossen wäre möglich. Ziel der Verwaltung sei es, das Projekt gegebenenfalls auch mit einem Investor gemeinsam zu entwickeln. Vermarktungsrisiken seien aufgrund der integrierten Lage kaum zu erwarten.

Mit Blick auf die Nutzung durch den Reit-, Fahr- und Zuchtverein wies Frau **Schaumann** ergänzend auf die mögliche Staubbelastung durch den Betrieb des Reitplatzes hin, der ggf. Auswirkungen auf die angrenzende Wohnbebauung haben könnte.

Herr **Margraf** erkundigte sich, ob und in welcher Form es Beschränkungen für den Betrieb von Kaminöfen gebe. Informationen dazu lagen Herrn **Liedtke** nicht vor.

Herr **Lipinski** bedankte sich ausdrücklich für die umfassende und umfangreiche Berichterstattung zu dem Tagesordnungspunkt. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer Wohnbebauung seien damit deutlich geworden.

Mit dem Vortrag sei eine bessere Grundlage geschaffen worden, um die Gesamtsituation beurteilen zu können, sagte Herr **Eisenhardt**. Seine Fraktion werde nunmehr die gegebenen Informationen zur weiteren Besprechung des Sachverhaltes aufgreifen und die weitere kommunalpolitische Willensbildung herbeizuführen. Dies gelte insbesondere mit Blick auf noch erforderliche parlamentarische Beratungen und Beschlussfassungen, die absehbar folgen werden. Darüber hinaus erkundigte er sich nach der geplanten Zeitachse.

Hierzu führte Herr **Liedtke** aus, dass in 2014 zunächst ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan von der Verwaltung zur Entscheidung vorgelegt werden solle. Parallel dazu werde die Änderung des Flächennutzungsplanes zu beschließen sein. Damit würden formale Bauleitplanverfahren nach Baugesetzbuch eingeleitet.

Ein Zeitkorridor von 12 bis 18 Monaten sei durchaus einzuräumen (mit allen Schritten wie z. B. TÖB-Beteiligung, Bürgerbeteiligung, Offenlage). Mit einem Satzungsbeschluss könne voraussichtlich etwa 2015 zu rechnen sein.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes teilte Herr **Brüggemann** mit, dass die Verwaltung auf einen kommunalpolitischen Konsens hoffe. Die Stadt nutze die Chance, eine zukunftsweisende Entwicklung eines neuen, zentralen Sportgeländes an der Gutenbergstraße in Schul- und Vereinsnutzung zu ermöglichen und gleichzeitig ein attraktives, neues Wohngebiet zu entwickeln.

Herr **Lipinski** war sich sicher, dass die weiteren parlamentarischen Schritte zur Entwicklung des Wohnbauprojektes mit großem Interesse im Planungs- und Umweltausschuss begleitet würden.

Zu TOP 3.

Bauvorhaben im Stadtgebiet

Nachdem der Haupt- und Finanzausschuss im Mai 2013 den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 19 Ka-HW "Nikolaus-Otto-Straße" gefasst habe, erläuterte Herr **Liedtke**, sei am 27.11.2013 eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Seniorenwohnprojekt durchgeführt worden. Erforderlich ist die Aufstellung des Bebauungsplans zur Schaffung der planungsrechtlichen Rahmenbedingungen, um das Projekt „Seniorenwohnen“ realisieren zu können. Seitens der Stadt Kamen wurde ein erster Bebauungsplanentwurf vorgestellt, der sich derzeit im Abstimmungsverfahren befindet. Herr Liedtke erläuterte den vorliegenden Entwurf (Darstellung s. Präsentation S. 39 u. S. 41). Der Investor habe das Seniorenwohnprojekt vorgestellt. An der Veranstaltung hätten ca. 100 Personen teilgenommen. Das planungsrechtliche Verfahren werde 2014 weiter entwickelt, so dass voraussichtlich noch 2014 eine Genehmigung des Bauvorhabens möglich sein könnte.

Eine erkennbar große Nachfrage für das Seniorenwohnprojekt sei im Ortsteil Heeren-Werve vorhanden, bemerkte Herr **Lipinski**. Mit der Realisierung dieses Projektes könne es erreicht werden, Angebotslücken im Stadtteil weiter zu schließen. Er hoffe diesbezüglich auf eine zügige Entwicklung und Realisierung.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilung der Verwaltung

Herr **Liedtke** teilte mit, dass sich der Landesentwicklungsplan NRW (kurz: LEP) im Aufstellungsverfahren befindet. Auch die Stadt Kamen sei aufgefordert, eine Stellungnahme zum LEP-Entwurf bis Ende Februar 2014 abzugeben. Aufgrund der umfangreichen Informationen werde die Verwaltung die Unterlagen zur Vorberatung den Fraktionen noch im Dezember 2013 zur Verfügung stellen.

4.2 Anfragen

4.2.1

Zurückkommend auf die Fortschreibung des Regionalplanes, der schnell in das Verfahren und die Aufstellung gehe, erkundigte sich Herr **Kissing** nach den möglichen Veränderungen für die Stadt Kamen. Beispielhaft nannte er Windvorranggebiete, das regionale Einzelhandelskonzept.

Herr **Liedtke** entgegnete, dass der Landesentwicklungsplan in die Zuständigkeit des Landes NRW – Landesregierung - falle, während der Regionalplan (letzter aus 2004) in den Zuständigkeitsbereich des Regionalverbandes Ruhr (kurz: RVR) falle. Auch der RVR habe die Absicht einen neuen Regionalplan für das östliche Ruhrgebiet aufzustellen. Die zeitliche Perspektive stelle sich jedoch ganz anders dar; Fertigstellung voraussichtlich nicht vor 2017. Unterschiedlich seien auch die Maßstäblichkeiten beider Pläne. Während sich der LEP auf das gesamte Land Nordrhein-Westfalen beziehe, beinhalte der Regionalplan nur den Bereich des östlichen Ruhrgebiets. In Abgrenzung zum regionalen Einzelhandelskonzept gebe es für ganz NRW den sachlichen Teilplan großflächiger Einzelhandel, der in den LEP noch implementiert werde.

Herr **Kissing** ergänzte, dass es nach seinen Informationen auch einen sachlichen Teilplan Energie geben werde, der sich u. a. auch mit dem Thema Windvorrangflächen beschäftigen solle. In diesem Sachzusammenhang erkundigte sich Herr Kissing nach dem weiteren Umgang, unabhängig von der jeweiligen Planungsebene, mit der Thematik „Windvorrangflächen“. Herr **Liedtke** entgegnete, dass es im LEP nach seinem Informationsstand nur ein Kapitel zum Thema Energie gebe – von einem sachlichen Teilplan Energie sei ihm nichts bekannt. Die Ausweisung von Windvorrangflächen konkretisiere sich im Regionalplan. Jedoch sei die aktuelle Diskussion des Themas noch abzuwarten (u. a. aufgrund aktueller Urteile und Erlasslage). Darüber hinaus schließe er eine Darstellung von Windvorrangflächen in Kamen auf Ebene des Regionalplanes nahezu aus, da die Flächen insgesamt zu klein seien um Berücksichtigung zu finden. Davon abzugrenzen und unabhängig davon seien jedoch die Überlegungen der Stadt Kamen zur Ausweisung von Windvorrangflächen mit eigenen Planungsinstrumenten (z. B. FNP).

4.2.2

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach dem Sachstand der Bauvorhaben „Im Telgei“, „Lindenschänke“ und „Stellwerk“ Willy-Brandt-Platz.

Es gebe keinen neuen Sachstand zu den v. g. Bauvorhaben, antwortete Herr **Brüggemann**.

4.2.3

Herr **Margraf** nutzte die Möglichkeit, um sich bei den Mitgliedern des Planungs- und Umweltausschusses sowie der Verwaltung für die umfangreichen Informationen, Unterlagen und Diskussionen zu bedanken.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

entfällt

Herr **Lipinski** brachte anlässlich der letzten Sitzung des Jahres 2013 zum Ausdruck, dass er die sach- und fachbezogene Zusammenarbeit im Planungs- und Umweltausschuss sehr begrüße. Er bedankte sich für die sachbezogene Atmosphäre, die einem guten Miteinander förderlich sei. Allseits sei auch für die gute Mitarbeit aller Seiten zu danken. Abschließend wünschte er allen Anwesenden einen guten Übergang in das neue Jahr.

Er schloss die Sitzung um 19.07 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer